

10 Jahre nach der Finanzkrise: Südafrika

Im September 2018 jährt sich der Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ und damit der Beginn der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zum zehnten Mal. Seit dieser Krise leben Menschen auf der ganzen Welt unter dem Eindruck, die Folgen dieser Krise und die mit ihr eingetretenen Veränderungen bewältigen zu müssen. Kurzfristige Arbeitsverträge, Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schwerere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen sind Herausforderungen, mit denen Menschen auf allen Kontinenten zu kämpfen haben. Gesprochen wird dabei zumeist nur über Europa und Nordamerika, doch wie steht es um den Rest der Welt? Wie haben die Länder des Globalen Südens die Auswirkungen der Finanzkrise verkraftet und sind die sowieso schon armen Bevölkerungsteile vergessene Leidtragende? SÜDWIND hat sich beispielhaft mit der gesellschaftlichen und politischen Situation einiger Länder im Globalen Süden auseinandergesetzt, um Antworten auf diese Fragen zu finden und um zu zeigen, dass eine unbedachte Deregulierung der Finanzmärkte im Norden die Armutssituation der Menschen im Süden erheblich verschärft.

Südafrika in Zahlen:

Bevölkerung: 56 Millionen (2017)

Bevölkerungsdichte: 47 Menschen pro km² (2017),
Vergleich Deutschland: 237 pro km²

BIP: 349,4 Milliarden US-Dollar (2017)

BIP pro Kopf: 6.160 US-Dollar (2017)
Vergleich Deutschland: 44.469 US-Dollar (2017)

BIP-Wachstum: 1,32 % (2017)

HDI-Rang: 0.666 – entspricht dem Platz 119 von 188 (2015) (Der Human Development Index zur Berechnung der menschlichen Entwicklung berücksichtigt neben dem BIP auch die medizinische Versorgung, den Bildungsstand und die Situation der Frauen in einem Land)

Quellen: World Bank Data, 2018; UNDP 2017

Südafrika: Sinkende Rohstoffpreise führen zu Massenentlassungen

Den wenigsten Menschen dürfte, wenn sie an Südafrika denken, in den Sinn kommen, dass es sich dabei um eines der reichsten Länder der Erde handelt – zumindest was die Bodenschätze anbelangt. In Südafrika befinden sich die weltweit größten Vorkommen an Gold und Platin und auch andere Rohstoffe, wie Kohle, kommen dort in riesigen Mengen vor.



Foto: Dan Brown/Flickr.com

Trotz dieser großen Vorkommen, welche im Jahr 2010 auf einen Gesamtwert von 2,5 Billionen US-Dollar berechnet wurden und der generell hohen volkswirtschaftlichen Leistung als zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas, kommt hiervon wenig bei dem größten Teil der Bevölkerung an. Südafrika ist eines der Länder mit den weltweit extremsten Einkommensunterschieden. Nach offiziellen Zahlen der Regierung aus dem Jahr 2009 erhalten die ärmsten 20 % der Bevölkerung 1,6 % des gesamten Einkommens im Land, während die reichsten 20 % vom Gesamteinkommen 70 % erhalten. Von den fast 60 Mio. EinwohnerInnen lebten im Jahr 2015 13,8 Mio. in extremer Armut.

jedoch nicht nur auf das Einkommen, auch im Hinblick auf den Zugang zu Wohnraum, Nahrungsmitteln und Sicherheit spiegeln sich diese Verhältnisse in der südafrikanischen Gesellschaft wider.



Wie sich während der Finanzkrise 2008 deutlich zeigte, bekommen in einer Krisensituation die ärmsten Teile der Bevölkerung die Konsequenzen dieser am härtesten zu spüren. Die

Krise erreichte Südafrika vor allem über zwei Wege. Zum Einen gab es einen massenhaften Kapitalabzug durch internationale Banken, welche die Gelder während der Krise benötigten, um die Verluste aus den Spekulationsgeschäften zu kompensieren. Dies hatte zur Folge, dass Börsenkurse einbrachen und Kredite viel schwieriger und deutlich teurer zu bekommen waren. Der zweite Weg, über den die Finanzkrise Südafrika erreichte, war für das Land jedoch noch gravierender. Aufgrund der hohen Abhängigkeit der südafrikanischen Wirtschaft von internationalen Rohstoffpreisen hatte der internationale Preissturz von Platin weitreichende Folgen für die Wirtschaft, den Staat und die gesamte südafrikanische Bevölkerung. Der Preis für ein Gramm Platin sank von



Foto: Steven dos Remedios/Flickr.com

Nach staatlichen Angaben liegt die Arbeitslosenquote bei rund 27 %. Dieser bereits hohe Wert berücksichtigt aber nur Personen, die aktiv Arbeit suchen. Personen, die eigentlich arbeiten könnten, aber z.B. aufgrund von mangelndem Erfolg die Suche nach Arbeit aufgegeben haben, werden dabei nicht berücksichtigt. Unabhängige Stellen schätzen die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Südafrika auf bis zu 50 %. Die Ungerechtigkeiten in der Bevölkerung beschränken sich

Juni bis November 2008 um mehr als die Hälfte von anfänglich 60 bis 70 US-Dollar auf weniger als 30 US-Dollar. In den Folgejahren erholten sich die Preise zwar etwas, der Wert von Platin liegt jedoch aktuell wieder nur knapp bei 30 US-Dollar. Die daraus resultierenden Auswirkungen hielten auch noch in den letzten zehn Jahren an, da der Bergbau eine entscheidende Rolle für den Wohlstand des Landes spielt.

Die in Südafrika aktiven Bergbauunternehmen hatten bereits vor der Krise und bei hohen Rohstoffpreisen ihre ArbeiterInnen zunehmend über Leiharbeitsfirmen angeheuert. Für die betroffenen MinenarbeiterInnen bedeutet dies, dass

sie schlechter bezahlt und schneller entlassen werden können. Außerdem sparen die Unternehmen somit die Zahlung von Sozialleistungen oder Entschädigungszahlungen, wenn ArbeitnehmerInnen z.B. aufgrund der Arbeitsbedingungen erkranken. So konnten Ende des Jahres 2008 mit dem Fall der Rohstoffpreise, innerhalb von wenigen Wochen 150.000 MinenarbeiterInnen entlassen werden.



Foto: Adam Cohn/Flickr.com



Foto: Graeme Williams/Media Club/Flickr.com

Dies geschah in einer Situation, in der sich die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen bereits verschlechtert hatten. Sie wohnen in überfüllten Massenunterkünften und Siedlungen aus Wellblechhütten mit unbefestigten Straßen und ohne Zugang zu fließendem Wasser, Elektrizität und Kanalisation. Die Siedlungen sind meist informell. Das Land gehört nicht den SiedlerInnen, sie werden aber von staatlicher Seite mangels besserer Alternativen toleriert. Die massenhaften Entlassungen gefährdeten sogar diesen minimalsten Lebensstandard der Menschen. Andere BergbauarbeiterInnen sind in firmeneigenen Unterkünften untergebracht, in denen teilweise menschenunwürdige Bedingungen herrschen. Zwar wurden die großen Bergbauunternehmen schon vor der Krise dazu angehalten, Maßnahmen durchzuführen, um die soziale und ökonomische Situation in den Wohngebäuden zu verbessern, aber gerade in den Jahren nach dem Preissturz wurde eben dieser als Argument angeführt, die Ausgaben für solche Programme drastisch zu reduzieren.

So wurde ein Programm, über das Unternehmen gezwungen wurden, mehr Wohnraum pro Person und Familie zu schaffen sowie die wichtigsten sanitären und infrastrukturellen Einrichtungen bereitzustellen, gekürzt. Dies führte dazu, dass nur für wenige Beschäftigte besserer Wohnraum entstand und die Mehrheit in informelle Siedlungen gedrängt wurde. Wohnheime, die zuvor 18.000 Beschäftigte beherbergt hatten, waren auf 3.000 Wohneinheiten reduziert worden. Mit der Krise verschwanden damit alle Aussichten auf eine Verbesserung der Wohn-, Arbeits- und Lebenssituation.



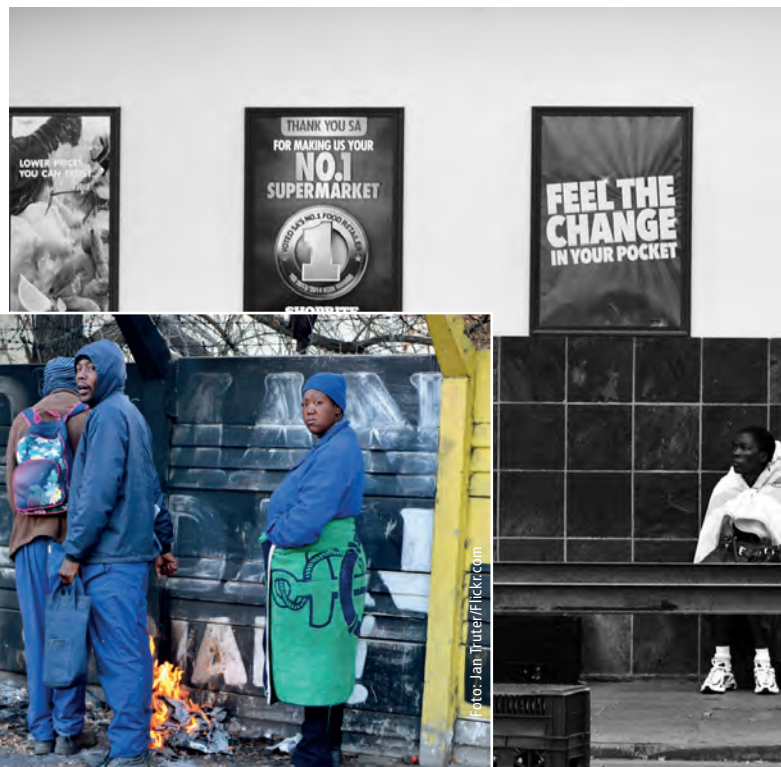
Foto: Jan Truter/Flickr.com

Während die Entlassungen angeblich zwingend notwendig waren und kein Geld mehr für soziale Projekte zur Verfügung stand, wurden gleichzeitig von denselben Firmen neue Minen eröffnet, vor allem im Bereich des Kohleabbaus. Dieser Umstand verdeutlicht, dass das Argument der niedrigen Rohstoffpreise lediglich vorgeschoben wird. Die Unternehmen machen weiterhin genug Profite, um zu expandieren.



Foto: Jboudane/Flickr.com

Neben der steigenden Arbeitslosigkeit verschlechterte die Krise die Ernährungssicherheit. Während der Krisenjahre wurde gerade für viele GeringverdienerInnen der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise gefährlich. Generell sind die Löhne in Südafrika in den letzten 30 Jahren deutlich gesunken, teilweise weil die Inflation deutlich schneller steigt als die Einkommen, aber auch weil zunehmender internationaler Konkurrenzdruck zu geringeren Lohnerhöhungen oder sogar -senkungen führt. In Südafrika befanden sich auch vor der



Krise rund 30 % der Bevölkerung in der Situation, nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf beschaffen zu können. Während der Krise hat sich diese Zahl erhöht. Die sowieso schon starke Ungerechtigkeit und Armutssituation verstärkte sich eklatant.

Die Anzahl der NiedrigverdienerInnen im Land ist hoch und steigt immer weiter an. In einem südafrikanischen Supermarkt verdient ein/e niedrigqualifizierte/r ArbeiterIn 3.500 Rand pro Monat, umgerechnet circa 275 US-Dollar. Dieser Lohn macht es schwierig, eine Unterkunft in urbanen Regionen zu bezahlen, geschweige denn eine gesunde Ernährung zu finanzieren.

Aufgrund der zentralen Stellung des Bergbaus in der südafrikanischen Wirtschaft hatte der Preissturz bei den Bodenschätzen zudem Folgen für andere Wirtschaftsbereiche. Ein Rückgang von Arbeitsplätzen und Umsatzeinbrüche waren auch im verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor bemerkbar. Die Schrumpfung dieser Bereiche begann zwar bereits vor der Finanzkrise 2008, wurde jedoch durch sie beschleunigt.

Neben den weitreichenden negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft war ebenfalls der Finanzmarkt von der internationalen Krise betroffen. In den Jahren vor der Krise floss internationales Kapital in das Land. Das Angebot an günstigen Krediten aus dem Ausland führte in Südafrika zu einem Anstieg von Konsumentenkrediten, vor allem für Luxusgüter und Immobilien. Auf dem Immobilienmarkt hatte sich in Südafrika eine Spekulationsblase gebildet. So stieg der Grundstückspreis im Land zwischen den Jahren 1997 und 2008 um insgesamt 389 %. Nach dem Kollaps des Finanzmarktes in den USA reduzierten die in Südafrika aktiven Banken ihre Schuldenquote,

also das Verhältnis der eigenen Schulden zu den eigenen Wertanlagen, und damit auch das eigene finanzielle Risiko, indem sie in großen Mengen Kapital aus dem Land abzogen.



Auch an der Börse kam es zu massenhaften Anlagenverkäufen durch ausländische Investoren, was unter anderem einen Einbruch der Börsenkurse um 35 % zur Folge hatte. Aufgrund des plötzlichen Mangels an Kapital wurden Kredite deutlich teurer. Zwar platzte die Immobilienblase in Südafrika nicht in vergleichbarem Ausmaß wie in den USA, jedoch nahm der Verschuldungsgrad durch Hypothekendarlehen stark zu. Auch in den Jahren nach der Krise bleibt der Kreditmarkt angespannt. Weniger wohlhabende DarlehensnehmerInnen haben auch heute noch, zehn Jahre später, keine Chance, zu regulären Konditionen Kredite zu bekommen und müssen auf zwielichtige Anbieter zurückgreifen, die 30 bis 60 % Zinsen einfordern.

Doch selbst von der temporären Kapitalflucht während der Krise abgesehen, steigen die Defizite im Staatshaushalt Südafrikas nach der Finanzkrise immer weiter an. Im Zuge einer zunehmenden Globalisierung verlegen großen Unternehmen zum Beispiel im Bergbaubereich ihre Firmensitze zunehmend ins Ausland, wo unter anderem rechtliche und steuerliche Begebenheiten attraktiver sind. Umsätze wandern somit steuerfrei am südafrikanischen Fiskus vorbei und auch die Gewinne werden ins Ausland transferiert. Der jährliche Verlust, den der Staat dadurch erleidet, wird auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt. KritikerInnen werfen den Unternehmen fehlende Verantwortung für Menschen und Umwelt vor, weil Gewinne ins Ausland abgeführt und die immensen tatsächlichen Kosten des Bergbaus für die Gesundheit der AnwohnerInnen und die Umwelt nicht berücksichtigt werden.



Entwicklung des Wirtschaftswachstums 2000-2016 (näherungsweise in Prozent)



Quelle: http://www.imf.org/external/datamapper/NGDP_RPCH@WEO/ZAF/WEOWORLD

Sehr deutlich werden die langfristigen Auswirkungen der Finanzkrise auf Südafrika, wenn man das Wirtschaftswachstum des Landes betrachtet. Dieses lag in den Jahren vor der Krise zumeist zwischen 2 % und 8 % und war vor allem auf die treibende Kraft der Konsum- und Immobiliendarlehen zurück zu führen. In den Krisenjahren fiel es auf ein Rekordtief von minus 6 %. In den zehn Jahren nach der Krise verlangsamte sich das Wachstum deutlich und pendelt nun zwischen -2 % und maximal 5 %. Gründe dafür sind unter anderem der Rückgang der Kreditvergabe. Mit diesem geringen Wachstum

geht einher, dass die vor zehn Jahren in der Krise verlorenen Arbeitsplätze auf Dauer verloren gegangen sind. Aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums steigt die Arbeitslosigkeit sogar weiter an, während Reallöhne sinken. Von Seiten der Regierung gibt es keine effektiven Maßnahmen um dem Entgegenzuwirken oder die sozialen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen.

Der Weltmarktpreis für Platin hat nie wieder den Stand vor 2008 erreicht, und lag Anfang des Jahres 2018 auf einem erneuten Tiefpunkt, welcher dem Wert während der Krise entspricht. Obwohl Südafrika gut 85 % des weltweiten Platinvorkommens besitzt, kann das Land keinerlei Einfluss auf die Preise nehmen, geschweige denn auf Standorte des weiterverarbeitenden Sektors.

Statt den Abbau effektiver zu gestalten, die regionale Wirtschaft zu unterstützen und die Mengen zu regulieren, kommt es zu Vorratslagerungen und einer Überproduktion. Für die Unternehmen dienen die Preise als Argument für weitere Entlassungen, Outsourcing und Kündigungen. ExpertInnen gehen davon aus, dass weitere Entlassungen in der Bergbauindustrie bevorstehen. Vor allem die voranschreitende Mechanisierung ermöglicht den Unternehmen den zunehmenden Verzicht auf Arbeitskräfte. Die Finanzkrise 2008 kann definitiv als Auslöser für diese weitreichenden Verschlechterungen im Bereich der Bergbauindustrie gesehen werden. Die vorangegangene geschilderte prekäre Situation der BergbauarbeiterInnen, die sich bis heute noch nicht verbessert hat, sorgte in den letzten Jahren für eine Vielzahl von Streikaktivitäten der Beschäftigten, ob mit einer der zahlreichen Gewerkschaften koordiniert oder als „wilder Streik“. Im Jahr 2012 starteten rund 3500 ArbeiterInnen einen Streik an einer Platinmine der Firma Lonmin in Marikana.



Foto: Ryan93/Wikimedia Commons

Sie forderten einen existenzsichernden Lohn von 12.000 Rand pro Monat – umgerechnet rund 900 US-Dollar. Der Streik eskalierte und Polizeikräfte schlugen diesen am 16. August gewaltsam nieder. 34 Bergleute wurden dabei erschossen. Dieses, als „Massaker von Marikana“ bezeichnete Ereignis löste einen Skandal in der südafrikanischen Gesellschaft aus.



Dieser wurde durch die Nichtbeachtung der Forderungen durch die Bergbauunternehmen verstärkt und weitete sich im September zu einem Streit aus, welcher auf andere Bergwerke übersprang. Da diese jedoch kaum zu nennenswerten Veränderungen der Situation der ArbeiterInnen führten, waren zeitweise bis zu 75.000 Beschäftigte aus dem Bergbausektor an Streikhandlungen beteiligt. Im Jahr

2014 brachen erneut landesweite Streiks aus, die immerhin teilweise zu Lohnerhöhungen auf bis zu 850 US-Dollar führte. Auch heutzutage spricht die südafrikanische Minenaufsicht von bis zu drei Bergbau-Protesten am Tag. Die Probleme im Bergbaubereich sind also keinesfalls beseitigt worden.

Zehn Jahre nach der internationalen Finanzkrise hat sich die Situation für viele SüdafrikanerInnen verschlechtert. Dabei gibt es durchaus Lösungsvorschläge, die eine Verbesserung für die Menschen in Südafrika versprechen. Da die Bergbauindustrie in den letzten Jahrzehnten hohe Gewinne einfuhr, wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie der Bench Marks Foundation, vorgeschlagen, Sicherheitsrücklagen einzuführen, auf die im Krisenfall zurückgegriffen werden kann. Steht der Platinpreis hoch, kann eingezahlt werden und in Zeiten von Niedrigpreisen müsste es keine Entlassungen oder Lohnkürzungen geben. Vor allem aber würde dieses Instrument den Bergbauunternehmen das Argument dafür nehmen, bei niedrigen Rohstoffpreisen Kürzungen durchzuführen.

Literaturhinweise

United Nations Development Programme (2017): Human Development Report 2016. Online abrufbar: <http://hdr.undp.org/en/2016-report>

Ashman, S., Fine, B., & Newman, S. (2011): The crisis in South Africa: Neoliberalism, financialization and uneven and combined development. *Socialist Register*, 47(47), 174-195.

Michael Nassen Smit: How inequality is wrecking SA's economy, and what we can do about it, *business life* 16 October 2017 <https://www.businesslive.co.za/bd/opinion/2017-10-16-alarming-statistics-how-sas-economy-suffers-from-inequality/>

Statistiken zu Südafrika:

<https://data.worldbank.org/country/south-africa>

SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.



Impressum

Bonn, September 2018

Herausgeber

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:

David Schwarz,
Antje Schneeweiß

Redaktion und Korrektur:

Kathrin Hegger, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung: www.pinger-edlen.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Gefördert durch



Evangelische Kirche
von Westfalen

Gefördert mit Mitteln von Brot für die Welt

Brot
für die Welt